

**III. Ludwig-Erhard-Lecture**  
**der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**

**Lord Ralf Dahrendorf**

**„Wie sozial kann die Soziale Marktwirtschaft noch sein?“**

**Berlin, 28. Oktober 2004**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Die Einladung zu diesem Vortrag ist an einen Redner ergangen, der in Fragen der Wirtschaftspolitik, und mehr noch der Wirtschaftstheorie, ein Laie, allenfalls ein Dilettant ist. Möglicherweise könnte man mir zugute halten, dass ich lange genug in der angelsächsischen politischen Kultur gelebt habe, um zu verstehen, dass der Ordnungsrahmen des Wirtschaftens ein Kernstück demokratischer Politik ist. In Deutschland – ich glaube, Richard von Weizsäcker hat das einmal gesagt – sind fast alle Politiker Sozialpolitiker, die sich in den Details der Sozialgesetzgebung und der durch sie geschaffenen Anrechte vorzüglich auskennen, die Wirtschaft aber gerne einigen wenigen „Experten“ überlassen. In Grossbritannien und den Vereinigten Staaten ist das eher umgekehrt. Umgekehrt war es auch bei Ludwig Erhard, der einmal sagte, ein Sozialprogramm zu entwerfen würde er sich nicht anmassen; er habe dazu zwar Ideen, sei aber nicht Fachmann genug, um derlei Vorschläge zu bewerten.

Möglicherweise könnte ich noch eine Familienerfahrung zu meiner Rechtfertigung hinzufügen. Mein Vater war zum Zeitpunkt der Währungsreform von 1948 als Sozialdemokrat Vizepräsident des Wirtschaftsrates. Ich erinnere mich noch gut, wie ihn seine Hamburger Parteifreunde bedrängten, er müsse Ludwig Erhard daran hindern, die Rationierung gleichzeitig mit dem Währungsschnitt aufzuheben. „Die Rationierung ist der Schutz der Armen,“ schrieben sie ihm. Gustav Dahrendorf war – mit Ludwig Erhard – vom Gegenteil überzeugt. Er sah die Armen nicht durch ein statisches Verteilungssystem, sondern durch die Dynamik einer wachsenden Wirtschaft geschützt. Kurzfristig machte diese Haltung ihm Ärger, aber schon ein, zwei Jahre später wurde die Rationierungspartei still, durch den Gang der Dinge zum Schweigen gebracht. Man mag Anthony Nicholls darin zustimmen, dass die erstaunliche öffentliche Debatte zwischen Erik Nölting und Ludwig Erhard am 14. November 1948 in Frankfurt keinen klaren Sieger oder Verlierer hatte – aber wer spricht heute noch von Erik Nölting?

Mit derlei bescheidenen Qualifikationen ausgestattet möchte ich im Folgenden drei Ketten von Erwägungen anstellen, die sich hoffentlich zu einem ansehnlichen Ganzen zusammenfügen. Zunächst, und in Anknüpfung an die Bemerkung zur Währungsreform, will ich ein paar möglicherweise unorthodoxe Anmerkungen zum deutschen Wunder der 1950er Jahre machen, das ja von Anbeginn mehr als ein Wirtschaftswunder war. Sodann werde ich den Faden der Entwicklung der Marktwirtschaft in die Gegenwart hinein fortziehen und dabei insbesondere etwas über das aktuelle Thema von Kapitalismus und Verantwortung sagen. Schliesslich möchte ich ein paar Andeutungen zu der Frage machen, wie man sich eine liberale Politik der sozialen Marktwirtschaft heute und morgen vorstellen könnte.

Kehren wir also zu den Anfängen, genauer, zu den deutschen Anfängen nach dem Kriege zurück. Die Anhänger der Marktwirtschaft hatten es ja zunächst nicht leicht. Die Besatzungsmacht, aber auch die deutschen Politiker in der britischen Zone konnten nicht unbeeinflusst bleiben durch den Wahlsieg der Labour Party von 1945 und die dadurch bestimmte weitgehend planwirtschaftliche Politik, einschliesslich Sozialisierung und natürlich Rationierung. In der amerikanischen Zone mögen die Präferenzen der Besatzungsmacht anders gelegen haben, aber ihre Vertreter rieten doch zur Vorsicht, und viele deutsche Berater teilten die Abneigung gegen allzu radikale Antworten. Eine Reihe von Zufällen erst brachte die Vertreter der „Sonderstelle

Geld und Kredit“, also Ludwig Erhard, und des „Wissenschaftlichen Beirates bei der Verwaltung für Wirtschaft“, darunter Franz Böhm, Alfred Müller-Armack und andere Ordo-Liberale Freiburger Prägung, in die Nähe, dann ins Zentrum der Macht. Die Geschichte des Weges dieser Aussenseiter zur bestimmenden Kraft deutscher Wirtschaftspolitik bleibt faszinierend. Es gibt wenige ihresgleichen; man könnte allenfalls an die erste demokratische Regierung in Polen 1989 mit Tadeusz Mazowiecki als Ministerpräsident und Leszek Balcerowicz als Finanzminister denken.

Unzweifelhaft hat der Name, den diese Wirtschaftspolitiker ihrem Kind gaben, soziale Marktwirtschaft, bei der Durchsetzung geholfen. Sicher half er Ludwig Erhard bei der Debatte mit Erik Nölting. Erhard wies den Verdacht, er sei grundsätzlich gegen staatliche Gesamtverantwortung für die Wirtschaft, weit von sich. Mehr noch, er betonte die sozialen Aufgaben des Staates. Dabei erwähnte er drei Themen, den Wohnungsbau, die Wiederherstellung der Stromversorgung und die Eingliederung der Millionen von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Es fällt auf, dass da von drei im Prinzip einmaligen „sozialen“ Aufgaben die Rede ist.

Alfred Müller-Armack, nicht gerade der Erfinder, aber doch der angewandte Theoretiker der sozialen Marktwirtschaft, wurde verstimmt, wenn jemand einwandte, „es handele sich bei dieser so einfach erscheinenden Wortverbindung ‚sozial‘ und ‚Marktwirtschaft‘ um einen geglückten Slogan, um einen Werbespot, wie man heute sagt“. (11) Immer wieder kehrte er zur Verteidigung der theoretischen Stringenz des, wie er gerne sagte, „wissenschaftlich begründeten und praktisch ausgewiesenen Systems“ (177) der Sozialen Marktwirtschaft zurück. Doch liess er – und liess vor allem Ludwig Erhard – keinen Zweifel, dass es vor allem um Marktwirtschaft ging, also darum, die Kräfte des Wettbewerbs von ihren staatlichen Fesseln zu befreien. Das Soziale an der Marktwirtschaft war der „wettbewerbliche Ordnungsrahmen“, in dem das Kartellgesetz eine zentrale Rolle einnahm. Hinzu kamen die von Erhard erwähnten Voraussetzungen; auch bei Müller-Armack ist oft von „Städteplanung“, „Siedlungspolitik“, „sozialem Wohnungsbau“ die Rede. (14) In einer „zweiten Phase“ der Marktwirtschaft dann gibt es weitere gesellschaftspolitische Ziele; Müller-Armack erwähnt wiederum „Siedlungspolitik“ und „Städtebau“, dazu „Bildungspolitik, Vermögensbildungspolitik, Umweltschutz“ (15). Und natürlich gilt das ganze Unternehmen der sozialen Marktwirtschaft der Schaffung von „Wohlstand für alle“.

Wer die Reden von Ludwig Erhard und die zahlreichen Texte von Alfred Müller-Armack liest, kann gar nicht umhin festzustellen, dass in ihnen nur selten die Rede ist von den beiden grossen sozialen Themen der ersten Adenauer-Regierung, der Rentengesetzgebung und der Mitbestimmung. Es ist naturgemäss nicht die Rede von so späten Erfindungen wie der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder der Pflegeversicherung. Es ist aber auch nicht die Rede von den Sicherungen gegen Krankheit, Unfälle, Arbeitslosigkeit, die in beträchtlichem Masse von Unternehmen finanziert werden. Soziale Marktwirtschaft im Sinne der Gründer hat sehr wenig mit Sozialpolitik im heutigen Sinn und fast gar nichts mit Lohnnebenkosten oder Fragen der Betriebs- und Unternehmensverfassung zu tun. Und doch würde ich behaupten,

dass gerade diese Elemente im öffentlichen Bewusstsein den Begriff der sozialen Marktwirtschaft bezeichnet haben.

Es gibt also sicherlich ein kohärentes Konzept der sozialen Marktwirtschaft à la Müller-Armack. Aber wer in Deutschland von sozialer Marktwirtschaft spricht, meint etwas anderes. Er meint Ludwig Erhard plus katholische Soziallehre, jenes Programm der Unvereinbarkeiten, das die frühe CDU und CSU prägte und sie in gewisser Masse bis heute prägt, wobei die SPD es nach Bad Godesberg 1960 und mehr noch nach Karl Schiller übernommen hat. Theoretisch Unvereinbares muss praktisch nicht abwegig sein. Wir leben ja immerfort mit Widersprüchen und ziehen sogar Gewinn daraus. Es ist eines von Konrad Adenauers historischen Verdiensten, dass er den Widerspruch von Marktwirtschaft und Sozialpolitik ertragen, ja zum Programm erhoben hat. Ludwig Erhard und seine Freunde fanden das Ahlener Programm und die Sozialausschüsse der CDU fast unerträglich; für Sprecher der Sozialausschüsse wie den Abgeordneten Johannes Albers andererseits gehörte die „Brigade Erhard“ eigentlich gar nicht zur Partei. Adenauer nahm das alles durchaus ernst, aber nur als ganzes, als nützliche Antinomie, deren Teile dabei relativiert werden. Das war der Kern der sozialen Marktwirtschaft deutscher Prägung.

Historisch ist also die soziale Marktwirtschaft nicht aus einem Guss; sie ist eine Legierung. Eben darin lag ihr Erfolg; darin liegt aber auch ihre Schwäche. Weil sie nicht aus einem Guss war, konnten Teile der sozialen Marktwirtschaft sich verselbständigen. Es konnte am Ende eine Sozialpolitik geben, die die Dynamik der Marktwirtschaft selbst zerstört. Es konnte auch eine wirtschaftspolitische Konzeption geben, die die gewährten sozialen Leistungen bedroht. In beiden Fällen neigen die Verfechter von Konzeptionen dazu, solche Wirkungen zu leugnen. Für den unbefangenen Beobachter indes liegt im Auseinandertreten des sozialen und des marktwirtschaftlichen Elements des Adenauer-Kompromisses ein Kernproblem, vielleicht das Kernproblem der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Debatte, ja mehr, der gegenwärtigen sozialökonomischen Realität. In diesem praktischen Sinn ist die alte Soziale Marktwirtschaft am Ende. Um das noch einmal ganz klar zu sagen: am Ende ist nicht Müller-Armacks „System“ oder Erhards Traum; am Ende ist der schöne Widerspruch der von Adenauer zusammengehaltenen Realität, dem Nachkriegsdeutsche – Nachkriegs-Westdeutsche – mit dem politischen Slogan der sozialen Marktwirtschaft verbinden. Insofern kann man auch argumentieren, dass eine neue soziale Marktwirtschaft erforderlich ist, eine neue Legierung, wenn man so will.

Das führt mich zu meiner zweiten und dritten Erwägung, die es mit verantwortlichem Kapitalismus und marktwirtschaftsverträglicher Sozialpolitik zu tun haben. Kapitalismus ist keine Vokabel, mit der Ludwig Erhard bei seinen Zuhörern auf Zustimmung hätte hoffen können. Bis in die 60er Jahre, wenn nicht darüber hinaus, galt „Kapitalismus“ auch bei den Anhängern der Marktwirtschaft als verpönt. (Auch „Sozialismus“ war ja in abnehmendem Masse gesellschaftsfähig, insbesondere bei modernen Sozialdemokraten.) In gewisser Weise hat erst der Kollaps des Sozialismus kommunistischer Prägung dem Wort Kapitalismus zu einer Renaissance verholfen. Wie früher bei der Marktwirtschaft kamen nun aber auch beim Kapitalismus mildernde Adjektive in

Mode; da sozialer Kapitalismus irgendwie nicht überzeugend klingt, sprach man mehr und mehr von verantwortlichem Kapitalismus, responsible capitalism.

Neoliberale Puristen halten nicht viel von solchen mildernden Umständen. Sie glauben, dass einschränkende Beiworte ablenken von der zentralen Aufgabe kapitalistischer Unternehmensführung, nämlich Gewinne zu erwirtschaften. Sie sehen auch den sozialen Effekt des Kapitalismus in seinem Funktionieren und vermuten hinter jedem Bezug auf Soziales, auf Ethik, auch auf Verantwortung einen antikapitalistischen Affekt, der nur mit sozialistischen Massnahmen enden kann. Ich halte diesen Purismus für verfehlt, denn es gibt offenkundige Unterschiede zwischen Weisen der Unternehmensführung, auch zwischen ganzen Wirtschaftskulturen, und es könnte immerhin sein, dass manche Versionen des Kapitalismus anderen vorzuziehen sind, ohne deshalb weniger effizient zu sein.

Lassen Sie mich die abstrakte Erwägung durch eine konkrete Erfahrung erläutern. Seit fünf Jahren habe ich den Vorsitz einer (britischen, aber international besetzten) Jury, die einen jährlichen Responsible Capitalism Award, einen Preis für verantwortlichen Kapitalismus vergibt. Von Anfang an haben wir klargelegt, dass wir nicht erfolgreiche Unternehmer, die ausserdem Gutes tun, auszeichnen wollen. Wir suchten also keinen Andrew Carnegie oder, moderner, George Soros, der mit allen Mitteln des Marktes, auch an dessen unregulierten Rändern, ein Vermögen anhäuft und dieses dann weitgehend philanthropischen Zwecken widmet. Nicht dass ein solches Verhalten nicht lobenswert wäre. Für die Jury eines anderen Preises habe ich selber George Soros geehrt, der mehr Menschen in der postkommunistischen Welt einen frischen Start ermöglicht hat als irgendeine private oder öffentliche Instanz sonst. Beim Responsible Capitalism Award ging es uns indes um Unternehmer, die in der erfolgreichen Unternehmensführung selbst ein besonderes Mass an Verantwortung gezeigt haben.

Der Preis wird 2004 zum fünften Mal verliehen. In diesen Jahren haben wir Hunderte von Namen erörtert. Wir haben eine grosse Zahl von Experten um Nominierungen aus aller Welt gebeten und die Nominierten sorgfältig geprüft. Wir haben zwar mit einem britischen Preisträger begonnen, dann aber vor allem in den Ländern der aufstrebenden Welt, in Osteuropa, Asien, Lateinamerika, auch Afrika Kandidaten gesucht. Wir hätten gerne – was allerdings ausserhalb eines engen Umkreises notorisch schwierig ist – nicht nur grosse Unternehmen in den Blick genommen. Am Ende indes waren und sind unsere Preisträger sämtlich die Führer grosser, meist sehr grosser europäischer und nordamerikanischer Unternehmen.

Als Vorsitzender der Jury, der die Lobreden halten durfte, habe ich über die Gründe dieser Limitierung nachgedacht. Was „verantwortlich“ war an den prämierten Leistungen ist leicht beschrieben. Die ausgewählten Unternehmer haben alle den Kontext ihres Wirkens im Blick behalten. Das kann ein Umweltkontext sein; es kann auch ein sozialer Kontext sein. Für sie waren shareholder wichtig; es handelte sich um ungewöhnlich erfolgreiche Unternehmen; aber stakeholder blieben entscheidungsrelevant. Betroffene, Beteiligte und Besitzer hatten alle ihren Ort in der Unternehmenspolitik. Dazu gehört eine gewisse Reife nicht nur der Personen, sondern auch der Unternehmenskultur. Neue Ökonomien halten sich an gröbere Methoden.

Aber es gibt eben auch bei hochentwickelten Unternehmen Unterschiede. Ich nenne keine Namen, weil dies nicht der Ort ist, um Lob und Tadel an Einzelne auszuteilen. Wohl aber betone ich eine Schlussfolgerung aus meiner Erfahrung, derentwillen die Geschichte hier erzählt wird. Alle prämierten Unternehmen dachten und handelten nicht kurzfristig, sondern in mittleren, manchmal längeren Fristen. Sie sahen über den Tellerrand des unmittelbaren Gewinns hinaus.

Das ist nicht selbstverständlich. Das Verhältnis von Kapitalismus und Zeit ist ein eigenes Thema von grosser historischer Bedeutung. Der Weg vom Sparkapitalismus über den Konsumkapitalismus zum Pumpkapitalismus hat die Zeitperspektiven der Handelnden immer stärker verkürzt. Für die Entscheidungen eines Hedge-Fonds zählen Stunden. Übrigens verhalten sich manchmal auch grosse Produktionsunternehmen nicht anders. Ich habe einen Chairman zu seinem Board sagen hören: „Meine Herren, es ist nicht Teil unseres Auftrages, dass dieses Unternehmen in sechs Monaten noch existiert. Wenn es für die Aktionäre besser ist, es zu zerschlagen und die Teile zu verkaufen, dann müssen wir das tun.“ Gerade ist im Umkreis meiner deutschen Erfahrungen eine regional wichtige Firma an ein amerikanisches Grossunternehmen verkauft und dann geschlossen worden, weil seine Rendite zwar 7,5% betrug, aber andernorts wenigstens vorübergehend höher sein kann.

Verantwortlicher Kapitalismus ist demgegenüber unternehmerisches Wirken mit Blick auf die mittlere Frist. Nicht von Jahrzehnten ist die Rede. So schön es ist, das hundertste Jubiläum eines Familienunternehmens zu erleben, bei dem der jetzige Besitzer schwört, alles zu tun, damit das Unternehmen auch beim 200. Jubiläum noch besser dasteht als heute, so wenig realistisch ist die Verallgemeinerung einer solchen Perspektive. In der Tat hat die Globalisierung die Schwäche mancher dieser Familienunternehmen auf brutale Weise enthüllt. Aber der Blick auf die nächsten zehn, ja zwanzig Jahre hat segensreiche Folgen, die über die Konkurrenzfähigkeit hinausreichen. Ist das soziale Marktwirtschaft? In gewisser Weise ja, sogar im ursprünglichen Sinn einer Integration von wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Wirkung.

Indes gilt auch für eine neu konzipierte soziale Marktwirtschaft, dass sie nicht aus einem Guss ist. Der verantwortliche Kapitalismus im geschilderten Sinn ist aus einem Guss; die soziale Marktwirtschaft aber hat zwei Elemente, die in einem erträglichen Widerspruch zueinander stehen. Das führt zu meiner dritten Erwägung, den Andeutungen einer liberalen Politik für den Ordnungsrahmen der Wirtschaft.

Dass der Markt nicht alles leisten kann, was Menschen und ihre Gesellschaften für wünschenswert halten, ist nachgerade ein Gemeinplatz. Der Markt „garantiert keine akzeptable Verteilung wirtschaftlicher Chancen oder Resultate“; er liefert keine oder doch zu wenig „ihrer Natur nach kollektive Güter“. „Manche Märkte“, Arbeitsmärkte oder Wohnungsmärkte wirken „aus Gründen ihrer Eigenart auf unvollkommene Weise“; zudem wird menschliches Verhalten nicht nur durch „das Eigeninteresse wirtschaftlicher Motive“ bestimmt, was relevant ist für die Anwendung von Marktprinzipien auf die Gesundheitsversorgung oder das Bildungswesen. „Kapitalismus reicht daher

nicht aus.“ Es muss etwas hinzukommen, um dem Kapitalismus ein menschliches Gesicht zu geben.

Das sind Zitate aus dem bemerkenswerten Buch von Adair Turner, Just Capital. Turner ist im Kern ein Neoliberaler, obgleich er selbst meint, „Liberaler“ reiche als Beschreibung. Er war Generaldirektor des britischen Unternehmervverbandes und ist heute in der Führung einer grossen Beratungsfirma. Seine Grundposition ist herber als die hier entwickelte; er hält wenig von stakeholders und neigt eher dazu, im engen Bereich der Unternehmensführung jene puristische Linie zu vertreten, die ich etwa George Soros zugeschrieben habe. Aber wie sein väterlicher Freund, der „Financial-Times“-Kolumnist Sir Samuel Brittan, hält Turner nichts vom „Marktfundamentalismus“. Kapitalismus pur reicht nicht. „Der Kapitalismus blüht innerhalb einer klar definierten Rolle des Staates als der Instanz, die umfassendere soziale Zielsetzungen bestimmt und durchsetzt.“

Die entscheidende These von Turner – die ich mir zu eigen mache – ist, dass auch im Spannungsfeld globaler Märkte Gesellschaften beträchtlichen Spielraum für soziale Zielsetzungen haben. „Entwickelte reiche Gesellschaften sind weitgehend frei, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.“(377) Das geht möglicherweise etwas weiter als sich rechtfertigen lässt. Immerhin argumentiert Turner, dass es keinen Grund der Wettbewerbsfähigkeit gibt, die Staatsquote auf 30% zu senken. 50% ist wahrscheinlich zu viel, aber „wahrscheinlich gibt es einen Bereich der ‚Belastung‘ durch Steuern und öffentliche Ausgaben – sicherlich bis zu 40% des BSP, möglicherweise noch etwas höher – innerhalb dessen das genaue Belastungsniveau relativ wenig ausmacht für die Wirtschaftsleistung.“

Die Frage ist also, was die Bürger eines Landes wollen und wie sie es erreichen wollen. Auch Briten hätten gerne bessere öffentliche Dienste; aber sie misstrauen dem Staat so sehr, dass sie nicht bereit sind, die dafür nötigen Mittel bereitzustellen. Deutsche dagegen sind stolz auf das Dreipartentheater in der nächsten Provinzstadt, von modernen Verkehrsverbindungen und gut ausgestatteten Krankenhäusern ganz zu schweigen, und sie bezahlen das auch klaglos. Jedenfalls war das lange Zeit der Fall. Heute ist das grosse Thema von Premierminister Blair und seinem Schatzkanzler Brown, wie die öffentlichen Dienste durch grössere staatliche Zuwendungen ausgebaut werden können, während Bundeskanzler Schröder und sein Finanzminister Eichel suchen, die Sozialausgaben des Staates zu begrenzen, um nicht zukünftige Generationen mit den Schulden der Heutigen zu belasten.

Die entscheidende Frage ist, wie wir die sozialen Ziele, die dank einer florierenden Marktwirtschaft finanzierbar sind, definieren. Die Frage ist nicht „Wie sozial ist die Marktwirtschaft?“, auch nicht „wie sozial soll sie sein?“, sondern: „wie viel Soziales erträgt eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft?“ und „wer soll dieses Soziale wie bestimmen?“

In jedem Fall folgt aus einem solchen Ansatz ein Mass an Umverteilung. Nichts anderes sind ja die Steuern, die für soziale Zwecke erhoben werden müssen. Dennoch bin ich nicht angetan von dem Begriff, den Sir Samuel Brittan und Adair Turner für ihre Position gewählt haben. Sie sprechen von RML, einem redistributive market liberalism oder Umverteilungs-Marktliberalismus. Das ist

nicht nur ein Wortungetüm, sondern legt auch nahe, dass Umverteilung ein Ziel und nicht ein (eher bedauerliches) Mittel der Politik ist. Auch mein bevorzugter Begriff ist ein Wortungetüm, sagt jedoch etwas über das Ziel aus. Ich spreche von einem Grundausstattungs-Markoliberalismus. Das ist eine Position, die die Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber mit einer Sozialpolitik verbindet, die auf eine Grundaustattung für jeden Bürger abzielt. Ludwig Erhard sprach gelegentlich von den gleichen Startchancen, die zur sozialen Marktwirtschaft gehören. Der Gedanke – der bekanntlich schwieriger ist als er auf den ersten Blick scheint – weist in die richtige Richtung, geht aber nicht weit genug.

Die Vorstellung einer sozialen Grundaustattung aller Bürger verweist nicht auf eine feste, quantifizierbare Grösse. Sie enthält daher auch nicht den abwegigen Gedanken eines sozialen Rechts; die Rede von sozialen Rechten schwächt die Kraft der eigentlichen Bürgerrechte und erhebt zur angeblich einklagbaren Konstanten, was doch legitimer Gegenstand der politischen Auseinandersetzung mit ihren wechselnden Ergebnissen ist. Eher schon kommt einer sozialen Grundaustattung die Idee eines garantierten Grundeinkommens für alle Bürger nahe. Solange die Komplexität der vorhandenen Anrechte die Durchsetzung eines solchen Bürgergeldes – ganz ähnlich wie übrigens Vorschläge eines einheitlichen Steuersatzes, einer flat tax – unwahrscheinlich macht, sind auch Schritte in diese Richtung willkommen. Dazu gehört das in den USA und jetzt auch in Grossbritannien praktizierte System der tax credits, also von Elementen der negativen Einkommenssteuer für besonders benachteiligte Gruppen. Aber das garantierte Grundeinkommen greift insoweit zu kurz als es die öffentlichen Dienstleistungen nicht einschliesst, von denen viele zur sozialen Grundaustattung gehören. Entscheidend ist bei alledem die Frage: welche Grundaustattung für alle Bürger lässt sich langfristig durch Umverteilung finanzieren?

Nun da ich mich dem Ende meiner Erwägungen nähere, werden viele sich fragen: hilft das alles bei der Bewertung der gegenwärtigen Versuche einer Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik durch die Reform des Sozialstaates? Es war nicht meine Absicht, zu aktuellen Fragen der deutschen Politik Stellung zu nehmen. Doch liegt auf der Hand, dass Deutschland ein die Leistungsfähigkeit und –bereitschaft der Steuerzahler überforderndes System der sozialen Sicherheit hatte und auch nach den eingeleiteten Reformen noch hat. Es überfordert, weil es schlicht aus den vorhandenen Mitteln nicht bezahlbar ist und zudem noch eine Spirale wachsender Kosten enthält. Es überfordert auch, weil es in der gegenwärtigen Form die Grenze überschreitet, innerhalb derer die Bürger des Landes sich ohne Schaden für ihre Wirtschaft entscheiden können, welche sozialen Leistungen sie wollen. Man braucht also kein Marktfundamentalist zu sein, um wirksame Reformen zu unterstützen. Dabei lasse ich einmal die Frage beiseite, ob man auch anders hätte vorgehen können und insbesondere, ob nicht die Konzentration auf eine zentrale Reform – z.B. die des Arbeitsmarktes – sowohl wirksamer als auch für alle verständlicher gewesen wäre als der Rundumschlag, der versucht worden ist.

Hier, wo es um Grundsätze geht, ist es jedoch wichtiger, die Kernthese noch einmal zu wiederholen. Die alte, theoretisch unmögliche und doch praktisch überaus erfolgreiche Verbindung von Marktwirtschaft und Sozialpolitik, also die alte soziale Marktwirtschaft hat ausgedient. Eine neue soziale Marktwirtschaft wird in Rechnung stellen, dass es Varianten des Kapitalismus gibt, und sie wird



einem verantwortlichen, nämlich auf mittlere Sicht operierenden Kapitalismus den Vorzug geben. Darüber hinaus wird sie ausloten, in welchem Masse die Bürger bereit sind, ein soziales Netz zu finanzieren. In Deutschland wird man – zum Unterschied auch von manchen anderen europäischen Ländern – eine relativ hohe Bereitschaft annehmen können. Dann ist das Thema der politischen Diskussion die Art des Sozialstaates, die wir wollen. Meine Präferenz ist die für ein hohes Mass an individueller Wahl- und Entscheidungsfreiheit, daher auch an Selbstbeteiligung, aber zugleich einer langfristig garantierbaren Grundausstattung für alle Bürger.

Quellen:

Adair Turner: Just Capital. The Liberal Economy. Macmillan: Basingstoke/Oxford 2001.

Ludwig Erhard: Wohlstand für alle. Econ: Düsseldorf 1957.

Alfred Müller-Armack: Genealogie der sozialen Marktwirtschaft. 2. Aufl. Paul Haupt: Bern/Stuttgart 1981.

Anthony J. Nicholls: Freedom with Responsibility. The Social Market Economy in Germany 1918-1963. Clarendon: Oxford 1994.

Samuel Brittan: Capitalism with a Human Face. Edward Elgar: London 1995.